Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Brüggemann: „Sagt Eure Meinung, schwimmt nicht mit dem Strom“
2. Haben die Hersteller von Impfstoffen zu viel versprochen?
3. „Mangelhafte Modellierung“: Epidemiologe kritisiert neue Stiko-Empfehlung für Kinder
4. Bundesregierung plant weitere Verlängerung der „epidemischen Notlage nationaler Tragweite“
5. Nicht nur Risikogruppen: Spahn erwägt „Booster-Impfung“ für alle
6. «Wer positiv Getestete ‹infiziert› nennt, gehört beurlaubt»
7. Kritik an Auswärtigem Amt: „Es gibt bisher nicht die geringste Hilfestellung“
8. Der „Schock von Kabul“ und die EU: Es ist an der Zeit, erwachsen zu werden!
9. Vietnam 2.0
10. „Das totale Dämonisieren der Taliban ist falsch“
11. Frauen (aus Afghanistan) + Altenpflege (in Deutschland) = besser als Dienerinnen unter den Taliban
12. Wachsende Ungleichheit: Die Macht der Hyperreichen
13. Finanzministerium befürchtet Einnahmeausfälle von 30 Milliarden Euro
14. Politische Intrige pariert
15. Planspiel Weltkrieg
16. Flüchtlinge in Libyen: Ausgebeutet und gequält
17. Dunja Hayali teilt Informationen zu Afghanistan auf Twitter: „Reichweite nutzen“

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Brüggemann: „Sagt Eure Meinung, schwimmt nicht mit dem Strom“**
   Der Regisseur Dietrich Brüggemann war einer der Vordenker von #allesdichtmachen. Heute ermuntert er alle, die Sorgen haben, ihre Stimme zu erheben.
   Berliner Zeitung: Herr Brüggemann, es ist jetzt einige Zeit her seit #allesdichtmachen, wann war das genau?
   Dietrich Brüggemann: Am 22. April.
   Mit dem Abstand, den wir jetzt haben, was hat das Projekt gebracht?
   #allesdichtmachen hatte massive Auswirkungen auf das ganze Land. Es hat eingeschlagen wie selten etwas. Wir haben getan, was eine der zentralen Aufgaben von Kunst ist: Die Axt an den Konsens gelegt.
   Waren Sie überrascht, dass sich so viele Schauspieler und Schauspielerinnen beteiligt haben?
   Es hat mich gefreut. Die Zwangslage, die im Diskurs herrschte, wurde erst durch diese Aktion sichtbar. Vorher dachte man noch, es sei möglich, Kritik zu üben und auf die Absurdität hinzuweisen. Die Giftigkeit der Reaktion hat gezeigt, wie die wahre Lage ist: Wer den Lockdown kritisiert, der ist ein Unmensch und wird öffentlich hingerichtet.
   Haben Sie mit dieser Giftigkeit gerechnet?
   Nicht in diesem Ausmaß. Ich hatte auf inhaltliche Auseinandersetzung gehofft. Die ersten Kommentare waren positiv, nachdenklich. Und dann ist ein Sturm losgebrochen, erst auf Twitter und dann überall.
   Haben Sie einen Nerv getroffen?
   Ganz offensichtlich ja. Die Maßnahmen sind übergriffig, das spürt insgeheim jeder. Mit der Frage, ob sie notwendig sind, sollte diese banale Tatsache erst mal nichts zu tun haben. Es herrscht aber ein ungeheurer Druck, dieses Gefühl nicht zu artikulieren, da man sonst gemobbt wird. Also rationalisiert man die Situation und die eigene Unterwerfung als einen Akt der Vernunft: Die Maßnahmen müssen sein, weil die Wissenschaft es sagt. Völlig im Abseits steht dabei die berechtigte Frage, ob man dasselbe Ziel auch auf anderen Wegen erreichen könnte.
   Quelle: Berliner Zeitung
2. **Haben die Hersteller von Impfstoffen zu viel versprochen?**
   Die bisher verabreichten Vakzine gegen Covid-19 sind nicht mehr so wirksam, wie es zu Beginn der Massenimpfungen den Anschein machte. Haben die Hersteller zu viel versprochen? Auch unter Anlegern mehren sich die Zweifel. Der Chef des grössten amerikanischen Pharmakonzerns Pfizer, Albert Bourla, strotzte vor Zuversicht, als er im vergangenen April im Gespräch auch mit der

NZZ erklärte: Er halte es für realistisch, dass eine «Rückkehr zum normalen Leben» im Spätherbst möglich sei.« Wir haben das am Beispiel von Israel gesehen», fügte er hinzu.
Quelle: NZZ

3. **„Mangelhafte Modellierung“: Epidemiologe kritisiert neue Stiko-Empfehlung für Kinder**
   Nachdem die Impfung gegen das Coronavirus bislang nur für vorerkrankte Kinder angedacht war, empfiehlt die Ständige Impfkommission (Stiko) sie seit kurzem allen 12- bis 17-Jährigen. Warum der Epidemiologe Prof. Ralph Brinks von der Universität Witten/Herdecke diese Entscheidung kritisiert.
   Herr Brinks, Sie kritisieren den Sinneswandel der Stiko in Sachen Kinderimpfung. Worauf bezieht sich Ihre Hauptkritik?
   Ralph Brinks: Was mich zunächst einmal stutzig gemacht hat, ist, dass die Stiko unter anderem eine Modellierung als Begründung für ihren Sinneswandel heranzieht. Vom Grad der Erkenntnis her ist so ein Modell viel schwächer als eine durchgeführte Studie. Normalerweise ist es Usus bei der Stiko, sich auf publizierte Daten, Studien oder Register zu berufen. Nach meinem Wissen ist es nun zum ersten Mal geschehen, dass man eine Empfehlung auf Modellierungen stützt.
   Sie sind selbst Modellierer, zeichnen Prognosen für chronische Erkrankungen. Warum schätzen Sie deren Aussagekraft als „schwach“ ein?
   Brinks: Die Frage, die man sich stellen muss, ist: Wie gut ist diese Modellierung? Die Technik, die für das hier angewandte Modell genutzt wurde, ist schon mehr als 20 Jahre alt. Das heißt, wir wissen seit mindestens zwei Jahrzehnten, worauf bei diesem Modell zu achten ist. Es gibt Checklisten, die abgehakt werden müssen. Wie Gütekriterien beim TÜV. Diese 20 Jahre alten Qualitätssicherungs-Werkzeuge sind in dem Modell aber ignoriert worden.
   Quelle: Nordbayern

dazu Ethikratsvorsitzende Buyx: Ich würde meine Kinder sofort impfen lassen (Teil2)
Die Politik will mit Nachdruck Kinder und Jugendliche impfen lassen. So sollen Schulschließungen infolge hoher Inzidenzen verhindert werden. Auf die Idee, den Schulbetrieb unabhängig von Inzidenzen zu garantieren, kommen die politischen Entscheider nicht. Auch nicht deren Berater wie Ethikratsvorsitzende Prof. Dr. med. Buyx (…)
Nach dem Eigenschutz wird hier der zweite Aspekt der Impfung, die Ermöglichung sozialer Teilhabe wie Bildung ins Feld geführt.

„Die Jungen haben bisher einen erheblichen Teil der Last dieser Pandemie getragen. Nun ist es nötig, ihnen etwas zurückzugeben – auch mit dem Angebot einer Impfung. In der Ethik nennen wir das Reziprozität.“
Buyx in Die Zeit
Kritischen Geistern wird bei solchen Aussagen von Buyx viel abverlangt: Eine Gesellschaft, die mit ihren „ethischen“ Maßstäben Kinderrechte über anderthalb Jahre an das Ende ihrer Prioritätenliste verbannt hat, will jetzt(!) einen Ausgleich schaffen – mit einer Impfung, die statt Nutzen nur neues Risiko birgt! Eine von der Politik den Kindern völlig unnötig aufgeladene Last wird als Argument für eine medizinisch nicht indizierte Impfung verwendet. Ob hier nicht von Zynismus statt von Ethik gesprochen werden muss, mag jeder selbst beurteilen.
Das ist allerdings noch nicht das Ende der argumentativen Stilblüten. Statt sich endlich zu entscheiden, den Schulbetrieb vom Meldeinzidenzregieme zu befreien, fordert man gegen etwaige drohende Schulschließungen gesellschaftliche Solidarität durch alte und neue Maßnahmen zum Niederhalten der Inzidenz ein, weil Eltern die Sorge umtreibe.
Quelle: Henry Mattheß in Geld und mehr

Anmerkung Christian Reimann: *Auf Teil 1 haben die NachDenkSeiten hier mit einer Anmerkung hingewiesen.*

4. **Bundesregierung plant weitere Verlängerung der „epidemischen Notlage nationaler Tragweite“**
Die Große Koalition will die Ende September auslaufende Corona-Notlage um weitere drei Monate verlängern. Das geht aus einem Papier der entsprechenden Bundestagsfraktionen hervor. Dem soll der Bundestag bereits am 25. August zustimmen. (…)
Laut einen Entwurf der Bundesregierung sind die Voraussetzungen zur Verlängerung der epidemischen Notlage nationaler Tragweite auch nach dann eineinhalb Jahren „weiterhin gegeben“, wie die Bild berichtet. In dem Antrag der Bundesregierung, über den schon nächsten Mittwoch abgestimmt werden soll, heißt es:
„Die am 25. März 2020 angenommene Gefahr für die öffentliche Gesundheit hat sich bestätigt und besteht aufgrund der europa- und weltweit andauernden Pandemie durch das Coronavirus SARS-CoV-2 weiter fort.“
Weiter heißt es in dem Papier: „In Deutschland steigt die Zahl der COVID-19-Fälle, nachdem im Frühjahr zunächst ein Rückgang verzeichnet werden konnte,

in allen Bundesländern wieder an. Der Anstieg umfasst dabei alle Indikatoren: Die Neuinfektionen, den R-Wert, die Quote der positiven PCR-Tests, die 7-Tage-Inzidenz, die Hospitalisierungen und die notwendigen Behandlungen von denen 47 % beatmet werden müssen."
Die neuartige, „stärker ansteckende Delta-Variante" wurde in dem Papier besonders für diese Entwicklung und den Blick auf die bevorstehenden Herbst- und Wintermonate verantwortlich gemacht.
Die „Corona-Notlage" gibt der Bundesregierung besondere Befugnisse, die ihr die Bundestagsabgeordneten in eigener Kompetenzbeschneidung übertragen haben, um Verordnungen zu erlassen, die die Länder dann in Quarantäneanweisungen, Kontaktbeschränkungen, Einreiseverordnungen, Masken- oder Testpflichten und nicht zuletzt weitere Lockdowns realisieren.
Quelle: RT DE

Anmerkung Christian Reimann: *Die Regierung beruft sich bei ihrem Plan auf eine steigende Zahl der COVID-19-Fälle, gemeint sind positive PCR-Testergebnisse. Berücksichtigt werden sollte dabei, dass die Regierung selber auf den vermeintlich externen und objektiven Faktor, die 7-Tage-Inzidenz, Einfluss nehmen kann. Es fehlt mal wieder jede Evidenz für die erneut beabsichtigte Fortsetzung der „epidemischen Notlage nationaler Tragweite". Insbesondere die Mitglieder des Deutschen Bundestages sollten die Frage stellen, ob die Fallzahlen absichtlich erhöht worden sind, um eine Verlängerung veranlassen zu können. Bitte lesen Sie dazu auch:*

a. *Neue Corona-Beschlüsse: Politische Notlage von irrationaler Tragweite*
b. *PCR-Tests: Die nächste Säule der Corona-Panik wankt*
c. *Ein Jahr Corona und kein Ende: „Es fehlt eine transparente Gesamtstrategie!"*

5. **Nicht nur Risikogruppen: Spahn erwägt „Booster-Impfung" für alle**
Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) erwägt, sämtlichen Bürgern ein Angebot für Corona-Auffrischungsimpfungen zu machen. Dem Redaktionsnetzwerk Deutschland erklärte der Minister, dass die Länder bereits schrittweise mit den „Booster-Impfungen" in Pflegeheimen und für besonders gefährdete Menschen begännen. Zudem sollen sich alle noch einmal impfen lassen können, die bisher nur Vektorimpfstoffe wie den des Pharmaherstellers AstraZeneca bekommen hätten:
„In einem zweiten Schritt können wir dann darüber nachdenken, auch allen anderen eine Auffrischimpfung anzubieten", sagte Spahn.

Weiter behauptete der Gesundheitsminister, dass die „Booster-Impfung“ von der Zulassung gedeckt sei, sie verstärke und verlängere zudem den Impfschutz. Auch Impfstoff sei ausreichend vorhanden. Da viele Impfzentren Ende September in den „Stand-by-Modus“ gingen, will Spahn für die Drittimpfungen vor allem auf Arztpraxen setzen. Diese könnten allein bis zu fünf Millionen Impfungen pro Woche verabreichen, so Spahn.
Angesichts der Forderung der Weltgesundheitsorganisation WHO, zunächst ärmere Staaten mit Impfstoffen zu versorgen, bevor man mit den Drittimpfungen beginne, erklärte Spahn, dass sein Ziel beides sei. Deutschland versorge bereits ärmere Staaten mit Impfstoff, indem die noch ausstehenden AstraZeneca-Lieferungen direkt an die internationale Impfstoff-Initiative COVAX gingen. Mit seinem Plan, allen Bundesbürgern eine Drittimpfung zu ermöglichen, widerspricht Spahn nun teilweise Wissenschaftlern: Der Virologe Christian Drosten hatte der dpa erklärt, dass seiner Meinung nach für den Großteil der Geimpften im Herbst keine Auffrischungsimpfungen gegen SARS-CoV-2 nötig sein werden:
Quelle: RT DE

Anmerkung Christian Reimann: *Der Pharmalobbyist im Bundesministerium für Gesundheit macht nach wie vor Politik zugunsten von Konzernen, ignoriert erneut die Nebenwirkungen und Risiken dieser sog. Impfung sowie den Rat von Wissenschaftlern. Anstatt mit Argumenten für Impfungen zu überzeugen, sorgt er außerdem mit der Absicht einer 2G-Regel weiterhin für eine Spaltung der Gesellschaft. Umsetzen sollen diese Pläne u.a. private Veranstalter und das Gaststättengewerbe. Diese könnten seine Absichten durchkreuzen, indem sie von ihrem Hausrecht Gebrauch machen und Geimpften wie Ungeimpften den Zutritt gewähren.*

6. **«Wer positiv Getestete ‹infiziert› nennt, gehört beurlaubt»**
Der von Hirnoperationen und Covid-19 genesene Immunologe Beda Stadler kritisiert Corona-Informationen der Behörden. (…)
Stadler fällt auf, dass während der Pandemie vor allem Virologen zu Wort kommen und viel zu wenige Immunologen. Letzteren käme es nie in den Sinn, bei positiv Getesteten von «Infizierten» zu reden. Falls man mit dem PCR-Test im Abwasser Coronaviren nachweise, rede auch niemand von infiziertem Abwasser.
Der gängige PCR-Test sei zwar ein altbewährter Test, aber nicht dafür geeignet, eine Infektion, also eine ansteckende Krankheit festzustellen:

«Dieser Test sagt nichts darüber aus, ob jemand ansteckend ist.» Wer das Gegenteil sagt, wäre bei ihm an der Universitätsprüfung durchgefallen, meinte er im Sommer-Talk. In der Weltwoche doppelte er nach: «Chefredaktionen von Schweizer Medien sollten jeden Mitarbeiter, der bei einem positiven PCR-Test von Infektion redet, eine Woche in unbezahlten Urlaub schicken, um immunologische Bildungslücken zu schliessen.» Wer immun ist, könne PCR-positiv sein, während er das Virus bekämpft, sei aber weder gefährdet noch ansteckend.
Ebenfalls einen Bildungsurlaub sollten alle erhalten, die behaupten, dass symptomlose Kranke andere Menschen anstecken: «Falls wir ‹symptomlose Krankheiten› als medizinische Definition zulassen, wird unser Gesundheitssystem rasch an seine Grenzen kommen.»
Schliesslich folgt ein Seitenhieb an die Adresse von Virologen und Epidemiologen: «Sollte ein Virologe oder ein Epidemiologe weiterhin behaupten, dass Sars-CoV-2 ein neues Virus sei, gegen das es keine Immunität gebe, nachdem man schliesslich Sars-CoV-2 mit einem Antikörper gegen Sars-CoV-1 nachweist, müsste man ihm den Lehrauftrag entziehen.» (…)
Zum Schluss noch ein Seitenhieb an die Adresse des BAG: «Als Genesenem wurde mir ein Covid-Zertifikat verweigert, weil mein PCR-Test ein paar Tage älter war als sechs Monate. Ich empfand dies wie eine späte Rache, weil ich während der Vorlesungen manchmal sagte, wer den besprochenen Stoff nicht verstehe, werde wahrscheinlich nur beim BAG eine Anstellung finden.
Im Normalfall sei man gegen einen pathogenen Keim besser geschützt, nachdem man die Krankheit durchmachte, als wenn man bloss geimpft sei.
Quelle: Infosperber

Anmerkung Christian Reimann: *Bitte lesen Sie dazu auch Corona-Aufarbeitung: Warum alle falsch lagen mit einer Anmerkung.*

7. **Kritik an Auswärtigem Amt: „Es gibt bisher nicht die geringste Hilfestellung“**
   Für Partner von Menschenrechtsorganisationen in Afghanistan ist es teilweise schwierig, bis zum Flughafen in Kabul zu kommen. Thomas Rudhof-Seibert von der Organisation medico international berichtet von der Zuständen vor Ort und kritisiert die Bundesregierung sowie das Auswärtige Amt.
   Thomas Rudhof-Seibert ist bei der deutschen Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international Referent für Afghanistan. Medico unterstützt in Afghanistan eine Organisation, die sich unter anderem

um die Opfer von Gewalt und die Aussöhnung zwischen den Volksgruppen bemüht hat.
Forderung nach Greencard-System am Beispiel der USA
Über die Helfer vor Ort sagt er: „Sie sind alle verzweifelt und am Limit dessen, was sie können.“ Es sei lediglich gelungen, zwei von ihnen samt Familie außer Landes zu bringen. Alle andern machten jeden Morgen dasselbe durch: „Sie schlagen sich durch, sie versuchen, an den Checkpoints vorbeizukommen, stehen wie allen anderen da vor dem Flughafen und werden nicht reingelassen“, so Rudhof-Seibert.
Bisher kommen demnach nur Personen mit einer Greencard raus. Der Referent berichtet, dass die Amerikaner provisorische Visa ausstellen, die den Menschen einen Zugang in den Flughafen ermöglichen. Die Organisatoren fordern vom Auswärtigen Amt, dass ähnliche Dokumente auch von deutscher Seite ausgestellt werden. „Es ist nicht dazu gekommen.“
Quelle: rbb Inforadio

8. **Der „Schock von Kabul“ und die EU: Es ist an der Zeit, erwachsen zu werden!**
   Ist die EU immer noch bereit, mit Nachsicht auf immer neue Vertrauen- und Vertragsbrüche der USA zu reagieren? Ein Kommentar.
   Es ist einmalig, was an diesen Tagen in westlichen Hauptstädten angesichts der Machtübernahme in Kabul am 15. August durch militante Taliban-Islamisten und darauffolgender Krise passiert. Schauen wir zumindest nach Europa. Überall ist zu hören: „Katastrophe für die Glaubwürdigkeit des Westens!“ oder „Der Westen hat versagt!“ Das sagen keine Oppositionspolitiker oder Journalisten. Von den höchsten Ämtern ist das zu hören, wie beispielsweise vom Hohen Vertreter der EU für Außenpolitik und Sicherheit Josep Borrell oder Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier. Aber welche Lösungsvorschläge bietet die europäische Politik um aus der Krise rauszukommen? Welche Konsequenzen strategischer Art zieht sie daraus? Zwar sagt Borrell, Brüssel müsse sich nun einer “schmerzhaften Realität vor Ort” stellen. Das heißt zum einen die Tatsache anzuerkennen, dass „Russland und China die Kontrolle über die Situation übernehmen und Kabul unterstützen, während wir irrelevant werden“. Und welche Konsequenz wird daraus gezogen? „Wir können das nicht zulassen!“, sagt Borrell. Wieder ein politisches Sandkastenspiel, eines Hohen Vertreters unwürdig.
   Und was passiert in Berlin? Dazu hat der Politexperte und Unternehmensberater Alexander Rahr eine treffende Beobachtung gemacht. „Anstatt die Weltordnung und die Situation im Nahen Osten zu verstehen und

neu zu überdenken, verzetteln sich die deutschen Eliten in gegenseitigen Beschuldigungen darüber, welche deutsche Institution für das Scheitern des Einsatzes in Afghanistan verantwortlich ist.
Quelle: Krass und Konkret

dazu: Von „Nine Eleven“ über Afghanistan bis zum Abzug
Der „Kreuzzug gegen der Terror“ von 2001 bis 2021: Wie alles anfing
Seit wenigen Tagen ist Afghanistan wieder in den Schlagzeilen und die Weltöffentlichkeit blickt auf das Land am Hindukusch. Da war doch was? Nach 20 Jahren ziehen die letzten Soldaten des „Kreuzzuges gegen den Terror“ aus Afghanistan ab. Die Taliban, die man 20 Jahre bekämpft hatte, kehren zurück, erobern Stadt für Stadt und haben die Macht übernommen. Die Bilanz dieses zwanzigjährigen Krieges ist niederschmetternd. Man lässt wahnwitzige Zerstörung, ein völlig kaputte Gesellschaft, endlose Lügen und Versprechungen zurück.
Man wird sehen, dass alle, die an diesem „Kreuzzug gegen den Terror“ beteiligt waren, ganz schnell alles vergessen wollen – und dafür sorgen, dass auch die Weltöffentlichkeit das vergisst. Bezeichnend ist auch, dass jetzt das alles beherrschende Thema ist, warum man die Taliban so unterschätzt, warum man die Marionetten-Regierung in Afghanistan so überschätzt habe, warum man das glaubte, was man glauben wollte.
Quelle: Telepolis

dazu auch: Besatzer, nicht Befreier
20 Jahre diente Deutschland den USA als Hilfssheriff – ohne irgendeinen Plan. Die Folgen zeigen sich jetzt
Das Fiasko in Afghanistan ist die zweite große Niederlage der USA seit dem Abzug aus Saigon im April 1975. Erneut muss sich die stärkste Militärmacht der Welt Kriegern geschlagen geben, die über keinerlei Hightechwaffen verfügten, ja: die in Sandalen daherkommen. Nicht allein die USA – ebenso die NATO und die aufeinander folgenden Bundesregierungen, die am „Krieg gegen den Terror“ in Afghanistan seit 20 Jahren beteiligt waren. Die offiziellen Begründungen Berlins für das Engagement erwiesen sich dabei als flexibel. Man begann mit dem Ausspruch des damaligen Verteidigungsministers Peter Struck (SPD): „Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt.“ Später entstand der Eindruck, die Bundeswehr bohre vor allem Brunnen und ermögliche Mädchen den Schulbesuch. In jüngster Zeit standen dann Frauenrechte und die Stärkung der „Zivilgesellschaft“ im

Mittelpunkt.
Als hätte es jemals eine Militärintervention aus humanitären Erwägungen gegeben! Der Anschlag auf das World Trade Center und das Pentagon war für die damalige US-Regierung unter George W. Bush der Auftakt für ein lange geplantes Projekt, unliebsame Regime in Nah- und Mittelost zu beseitigen. Am liebsten hätte die Bush-Entourage als erstes den Irak angegriffen. Es war Außenminister Colin Powell, der aus Gründen der Dramaturgie empfahl, zunächst die Taliban zu stürzen, danach erst Saddam Hussein. So geschah es, obwohl 15 der 19 Attentäter vom 11. September aus Saudi-Arabien stammten. Den engen Verbündeten zu bombardieren erschien aber abwegig. Also nahm man die Taliban ins Visier, die Osama bin Laden Unterkunft gewährt hatten. Mit Freiheit, Demokratie und Menschenrechten, die stets zur Begründung für US-geführte Kriege in der islamischen Welt herangezogen werden, hatte das nichts zu tun.
Afghanistan war lediglich ein geopolitisches Mittel zum Zweck: Die erste Etappe einer Pax Americana in der Region. Doch die installierten Machthaber, etwa der nun geflohene Staatschef Ashraf Ghani, Präsident seit 2014, gelangten nur mit Hilfe manipulierter Wahlen an die Macht. Mit Billigung der NATO wie auch Berlins setzen die USA ein Marionetten-Regime ein, welches außerhalb einer dünnen, westlich orientierten Mittel- und Oberschicht in Kabul über keinerlei nennenswerten Rückhalt in der Bevölkerung verfügte.
Quelle: Michael Lüders in der Freitag

9. **Vietnam 2.0**
Die kopflose Flucht der Nato-Truppen aus Afghanistan und die Not, die sie dort zurücklassen, sind nur das letzte Kapitel einer verheerenden Geschichte, die im Oktober 2001 begonnen hat. Damals verkündete die US-Regierung, auch unterstützt von der rot-grünen Koalition in Berlin unter dem SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder, dass der Terror des 11. September durch einen Krieg in Afghanistan beantwortet werden sollte. Dabei war keiner der Attentäter Afghane.
Und die damalige Taliban-Regierung bot den USA sogar eine Auslieferung von Osama bin-Laden an – ein Angebot, das die US-Regierung mit unerfüllbaren Forderungen beantwortete.1
Über Saudi-Arabien, das Herkunftsland von 15 der 19 Terroristen, wurde praktisch kein Wort verloren. Im Gegenteil: Mitglieder der Bin-Laden Familie wurden aus den USA in einer Nacht-und-Nebel-Aktion ausgeflogen, damit sie nicht verhört werden konnten. Nachdem im Jahr 2016 geschwärzte Teile der

Untersuchungskommission zum 11. September freigegeben wurden, stellte sich heraus, dass hochrangige Mitglieder der saudischen US-Botschaft vor den Anschlägen Kontakte zu den Terroristen unterhalten hatten. Konsequenzen? Keine. Es sind ja unsere Verbündeten.
So wurde Afghanistan angegriffen, nachdem bereits das britische Kolonialreich und die Sowjetunion dort nur Leid und Elend gebracht hatten und schließlich geschlagen abziehen mussten.
Im Kalten Krieg hatten die USA und Saudi-Arabien am Hindukusch im großen Stil Islamisten gegen die Sowjetunion unterstützt. Nun wurden die islamistischen Warlords der „Nordallianz“ zu den neuen Verbündeten.
Quelle: Telepolis

10. **„Das totale Dämonisieren der Taliban ist falsch“**
Reinhard Erös engagiert sich schon seit 30 Jahren in Afghanistan. Mit seiner Initiative „Kinderhilfe Afghanistan“ hat er in den letzten 20 Jahren 30 Schulen in von Taliban dominierten Provinzen gebaut – mit Zustimmung und Unterstützung der Mullahs. Er glaubt nicht, dass die Taliban das Rad zurückdrehen werden und ist überzeugt, dass Mädchen weiter zur Schule gehen können.
Seit die Taliban die Macht in Kabul übernommen haben, fliehen viele Menschen aus Angst vor einer erneuten Schreckensherrschaft. Wie ist die Lage im Osten des Landes, wo die Kinderhilfe Afghanistan 30 Schulen betreibt?
Im Osten des Landes ist es ruhig, da herrscht ganz normales Geschäftsleben. Unseren knapp 2000 einheimischen Mitarbeitern geht es gut, sie arbeiten ganz normal weiter.
Dieses Gebiet ist seit langem eine Hochburg der Taliban. Seit 2002 hat die Kinderhilfe dort Schulen für rund 60.000 Schülerinnen und Schüler gebaut. Wie haben Sie sie die Taliban von Ihrem Vorhaben überzeugt?
Mit Logik, Kenntnissen des Islam und vor allem mit meinen paschtunischen Sprachkenntnissen. Wer die Sprache des Landes nicht beherrscht, ist verloren, denn bis hoch zum Bürgermeister spricht niemand Englisch. Es brauchte Kulturkompetenz, Sprachkompetenz und Glaubwürdigkeit. Mir hat außerdem mein persönliches Image geholfen. Ich bin ja seit über 30 Jahren in Afghanistan tätig, ich war dort einer der wenigen Ärzte während des sowjetisch-afghanischen Krieges. Ich war also bekannt vor Ort, ich hatte und habe immer noch eine hohe Glaubwürdigkeit, die Leute vertrauen mir.
Befürchten Sie, dass sich der Unterricht jetzt durch Vorgaben der Taliban ändern wird?
Was soll sich denn ändern? Diese Horrormeldungen der letzten Tage vom

Flughafen in Kabul haben mit dem Rest von Kabul, wo ja vier Millionen Menschen leben, und vor allem mit dem Leben im Rest von Afghanistan, zumindest wie ich es von meinen Mitarbeitern erfahre, nichts zu tun. Und in vielen Gebieten, wo wir Schulen unterstützen, haben die Taliban längst das Sagen.
Quelle: Welt-Sichten

11. **Frauen (aus Afghanistan) + Altenpflege (in Deutschland) = besser als Dienerinnen unter den Taliban**
Zuweilen gibt es Fundstücke aus der großen weiten Welt des Online-Journalismus, die selbst „abgehärtete“ Beobachter dessen, was in unserem Land als „Pflegenotstand“ seit vielen Jahren diskutiert wird, sprachlos zurücklassen. Die zugleich in einer unbedingt zu dokumentierenden schonungslosen Art und Weise einen ganz eigenen Blick auf Frauen und Pflege offenbaren.
In diesen Tagen stehen alle Menschen, die noch einen letzten Rest an Menschlichkeit in sich tragen, fassungslos vor dem großen Desaster, das vor unseren Augen in Afghanistan abläuft. Wir sehen nur sehr wenige, höchst selektive Bilder vom Flughafen in Kabul und keine aus den Gegenden, wo die Taliban bereits die Macht übernommen haben. Und man kann von den sicheren Zonen in unserem Land aus nur in Spurenelementen eine Vorstellung aufbauen, was vielen Menschen, darunter vielen Frauen und Mädchen, jetzt widerfährt bzw. droht. Einige wenige werden möglicherweise über die Luftbrücke der Panik gerettet werden oder sich durch Flucht einem Martyrium entziehen können, vielen anderen wird das nicht gelingen.
Was aber hat diese zivilisatorische Katastrophe nun mit der Altenpflege und Frauen in Deutschland zu tun, wird sich der eine oder andere denken mit Blick auf die Überschrift dieses Beitrags?
Es gibt Menschen, die offensichtlich in der Lage sind, in nur wenigen Sätzen eine solche Verbindung herzustellen und dabei en passant einen Abgrund offenlegen.
Quelle: Aktuelle Sozialpolitik

12. **Wachsende Ungleichheit: Die Macht der Hyperreichen**
Die wachsende Ungleichheit im Gegenwartskapitalismus ist ökonomisch, sozial und politisch. Wen es trifft, den trifft es zumeist auf vielen Ebenen.
Eine „marktwirtschaftlich“ organisierte, kapitalistische und am Neoliberalismus orientierte, von Ökonomisierungs-, Kommerzialisierungs-, Privatisierungs- und Deregulierungstendenzen gekennzeichnete Gesellschaft wie unsere basiert auf der Ungleichheit als wesentlichem Strukturelement. Seit geraumer Zeit ist die

wachsende Ungleichheit das Kardinalproblem unserer Gesellschaft, wenn nicht der ganzen Menschheit.
Jede/r versteht unter der Ungleichheit etwas anderes. Schließlich sind die Menschen weder biologisch noch sozial gleich, unterscheiden sich vielmehr nach ihrem Alter, ihrem Geschlecht, ihrem Gewicht, ihrem Körperbau, ihrer Größe sowie ihrer Haut-, Haar- und Augenfarbe, aber auch bezüglich ihrer Fähigkeiten. Sie unterscheiden sich im Hinblick darauf voneinander, wo sie wohnen, in welchem Haushaltstyp und in welcher Familienform sie leben, welchen Beruf sie ausüben, ob sie Hobbys haben und ob sie regelmäßig Sport treiben.
Bei der Ungleichheit, um die es hier geht, handelt es sich um eine anhaltende, wenn nicht dauerhafte Ungleichverteilung materieller Ressourcen, also der ökonomischen Ungleichheit. Und es geht um Anerkennung und Respekt hinsichtlich des gesellschaftlichen Status: der sozialen Ungleichheit. Dazu kommen (Zugangs-)Rechte und Repräsentation – die politische Ungleichheit – zwischen großen Personengruppen, Klassen und Schichten, die nicht auf persönlichen (Leistungs-)Unterschieden von deren Mitgliedern beruhen.
Die sozioökonomische Ungleichheit, welche von den Benachteiligten oftmals als soziale Ungerechtigkeit empfunden wird und die fast zwangsläufig politische Ungleichheit nach sich zieht, manifestiert sich im Gegensatz von Arm und Reich. Obwohl der in wenigen Händen befindliche Reichtum den Ausgangspunkt und Kristallisationskern der Ungleichheit bildet, wird er noch immer weitgehend tabuisiert.
Quelle: Christoph Butterwegge in der taz

13. **Finanzministerium befürchtet Einnahmeausfälle von 30 Milliarden Euro**
Schlechte Aussichten für den Fiskus nach dem jüngsten Steuerurteil des Verfassungsgerichts: Bund und Ländern könnten hohe Einnahmen fehlen, wenn auch für Pensionsrückstellungen ein niedrigerer Zins gilt. (…)
Das Gericht hatte am Mittwoch geurteilt, dass die von den Finanzämtern verlangten Strafzinsen für Steuernachforderungen mit sechs Prozent deutlich zu hoch angesetzt sind.
Quelle: DER SPIEGEL

Anmerkung Christian Reimann: *Der Bundesfinanzminister und SPD-Kanzlerkandidat sollte gewusst haben, dass eine Entscheidung des Verfassungsgerichts ansteht. Und nun wollen er und sein Bundesfinanzministerium quasi übersehen haben, dass eine solche*

Entscheidung getroffen werden könnte – mit solchen möglichen finanziellen Konsequenzen?

14. **Politische Intrige pariert**
Der Inhalt war erwartbar: »Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Freilassung von Alexej Nawalny gefordert.« Der Satz eröffnet eine typische »Hund-beißt-Mann«-Meldung. Dass Russland der Aufforderung Folge leisten wird, glaubt niemand. Auch Merkel nicht, die den Appell am Freitag in Moskau gegenüber Wladimir Putin wiederholte und ankündigte, Berlin werde »an dem Thema dranbleiben«. Warum macht sie das?
Merkel hat sich in dieser Sache verrannt. Indem sie die Erkrankung des Putin-Gegners, die im Westen als Vergiftung beschrieben wird, zur Chefinnensache und Nawalny zu »ihrem persönlichen Gast« erklärte, hat sie ihr persönliches Prestige mit dessen Schicksal verknüpft. Russland dagegen verdächtigt deutsche Dienste, die ganze Affäre inszeniert zu haben. Ein Indiz für diese Vermutung ist das schnelle Tempo, mit dem Berlin von einer Vergiftung zu sprechen begann, als Nawalny noch kaum im sibirischen Omsk gelandet war – also als man das beim besten Willen noch nicht seriös behaupten konnte.
Zweiter Anhaltspunkt des russischen Verdachts ist die Geheimnistuerei, die die deutschen Dienste um ihre Analysemethoden machen, mit deren Hilfe sie zu der Nowitschok-Diagnose gekommen sein wollen. Weil, heißt es ganz unverblümt, die russischen Dienste ja sonst Aufschluss darüber bekämen, was die westlichen wissen und können.
Damit räumen sie selbst ein, dass es nicht um Nawalny ging, sondern um eine politische Intrige. Mit seiner Rückkehr nach Russland im Januar hat der Oppositionelle eingewilligt, seine Rolle in dieser Intrige zu spielen. Als Jurist musste er wissen, worauf er sich einließ. Moskau hat sicher eine Weile gehofft, seinen Gegner mit der Erlaubnis zur Behandlung in Berlin aus dem Land und in die Bedeutungslosigkeit des Exils zu bekommen. Nawalny und seine Hintermänner, die ihm fünf Monate erlaubten, in Deutschland zu Kräften zu kommen und Propagandavideos zu produzieren, wollten es anders.
Russland hat die Herausforderung angenommen. Inzwischen ist die Führungsriege von Nawalnys Bewegung entweder in Haft oder im Ausland, seine Anhängerschaft wird systematisch durchforstet und eingeschüchtert.
Quelle: Reinhard Lauterbach in junge Welt
15. **Planspiel Weltkrieg**
Die Vereinigten Staaten proben den nächsten Weltkrieg. »Large Scale Exercise« (LSE) heißt das weltumspannende Manöver, das am 3. August

gestartet worden war und am vergangenen Montag zu Ende ging. Sein Übungsgebiet erstreckte sich über 17 Zeitzonen. Das Ziel: »eine Botschaft an Russland und China zu senden«, so beschrieb es vor kurzem das US-Militärblatt Stars and Stripes, »dass Amerika gleichzeitig Aggressionen an mehreren Fronten beantworten kann«. Das von der U. S. Navy unter Beteiligung von U. S. Marines durchgeführte Manöver solle beweisen, dass die Vereinigten Staaten die Kontrolle großer Meeresgebiete durch feindliche Streitkräfte überall verhindern könnten, parallel im Schwarzen Meer, im östlichen Mittelmeer sowie im Süd- und im Ostchinesischen Meer: So hatte es vorab James R. Holmes erläutert, ein US-Stratege vom U. S. Naval War College in Newport (Bundesstaat Rhode Island). Und weil man davon ausgehen darf, dass die USA ein Großmanöver nicht einfach bloß zum Spaß abhalten, ist spätestens jetzt klar: Washington hält einen Weltkrieg für möglich, den der Westen gegen Russland und China gemeinsam führt.
Die Dimensionen der Kriegsübung, die bereits für 2020 vorgesehen war, pandemiebedingt aber verschoben werden musste, waren gewaltig.
Quelle: junge Welt

16. **Flüchtlinge in Libyen: Ausgebeutet und gequält**
Laut Monitor-Recherchen werden Flüchtlinge in libyschen Lagern weiterhin misshandelt und ausgebeutet. Seit Jahren verspricht die Bundesregierung, sich für die Verbesserung der Lage einzusetzen – bisher offenbar ohne Erfolg.
„Wir brauchen Freiheit“ rufen etwa Hundert Männer, die eng zusammengepfercht in einer dunklen Zelle stehen. Ihre Hände sind gekreuzt aus Protest gegen ihre Gefangenschaft in einem der libyschen Flüchtlingslager. Das Video, das den Protest zeigt, liegt dem ARD-Magazin Monitor vor. Das Lager ist eins von vielen, in die Menschen gebracht werden, die beim Versuch, nach Europa zu fliehen, von der sogenannten libyschen Küstenwache abgefangen werden. Auf dem Papier sind es Flüchtlingslager – faktisch sind es Gefängnisse.
Teklia ist einer der Geflüchteten, die dabei waren. Inzwischen hat er es aus dem Lager heraus geschafft. Die Gewalt, die er dort erlebte, kann er bis heute nicht vergessen: „Die Wärter schlugen uns mit Metallstangen“, erzählt er. „Sie nahmen ihre Waffe und hielten sie uns an den Kopf, um uns Angst zu machen.”
Monitor hat mit vielen Geflüchteten gesprochen, die in libyschen Lagern inhaftiert und gequält wurden – auch, weil die EU das System mit aufgebaut hat, das sie auf der Flucht abfängt und in die Lager bringt.
Quelle: Tagesschau

17. **Dunja Hayali teilt Informationen zu Afghanistan auf Twitter:**

„Reichweite nutzen“

- Moderatorin Dunja Hayali nutzt ihre Reichweite und übergibt ihren Twitter-Kanal für ein paar Tage einem in Afghanistan geborenen Arzt.
- Der berichtet dort über die aktuelle Lage in dem Land.
- Er schreibt unter anderem über die Situation am Flughafen Kabul, gibt aber auch Einordnungen zu Kunst und Kultur in Afghanistan.

Quelle: RND

Anmerkung Jens Berger: *Was für ein grenzwertiger Aktionismus. Der wohl meist beachtete „Leihtweet“ über Hayalis Kanal war folgender …*



Eine lupenreine Falschmeldung aus Versatzstücken aus dem PR-Netzwerk des selbsternannten „Präsidenten“ Amurllah Saleh, der im Pandschschir-Tal den letzten Widerstand organisiert. Über Hayalis Account wird diese PR, die von keiner seriösen Plattform (z.b. Livemap) aufgenommen wurde, als Fakt dargestellt. Das hat mit „Einordnung“ nichts zu tun, sondern ist ein lupenreines Eigentor für den ÖR.